

Kommunaler Entschuldungsfonds – Hier werden wir kaputt gespart!

Erklärung der LINKEN-MandatsträgerInnen in Rheinland-Pfalz

Der kommunale Entschuldungsfonds (KEF) hat nach Aussagen der Landesregierung Rheinland-Pfalz das Ziel, die Kommunen durch eine Verringerung der laufenden Liquiditätskredite zu entlasten und ihnen somit "Luft" für dringend notwendige Investitionen in Infrastruktur, Schulen und andere soziale Aufgaben zu verschaffen.

Wir, die LINKEN-MandatsträgerInnen, sehen jedoch, dass die praktische Umsetzung in den Kommunen genau das Gegenteil zur Folge hat. Der Preis für die Teilnahme am Entschuldungsfond ist, dass bisher freiwillige Leistungen beschnitten oder gestrichen, gesetzliche Leistungen in ihrer Qualität bzw. Standards herabgesetzt werden und der Arbeitsdruck auf die Mitarbeiter in der Verwaltung durch verzögerte Wiederbesetzung oder durch Wegfall der Stellen erhöht wird! Aber auch bei den Entscheidungen zur Stärkung der Einkommenseite gehen einige Maßnahmen zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger, wie z.B. Gebührenerhöhungen und Erhöhungen von Eintrittsgeldern bei Schwimmbädern, Museen und anderen kulturellen Einrichtungen.

Viele von uns wurden während der Haushaltsberatung mit der Drohkulisse des Entschuldungsfonds konfrontiert. Es wurde immer damit argumentiert, dass sonst die ADD (Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion RLP) den Haushalt nicht genehmigen und Gelder gesperrt würden.

Für uns ist dies ein Zeichen für ein prinzipielles Un- und Missverständnis. Kommunale Leistungen, ob gesetzliche oder freiwillige, dürfen nicht ausschließlich nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten bewertet werden. Freibäder, Bibliotheken, öffentliche Räume wie Grillplätze und kulturelle Angebote sind ein Indikator für die Lebendigkeit einer Kommune. Sie sind wesentlicher Faktor für die Lebensqualität einer Kommune und gehören damit zu den sogenannten weichen Standortfaktoren bei der Ansiedlung von Unternehmen und den dazugehörigen ArbeitnehmerInnen. Wenn die Kommunen hier kürzen oder streichen oder Gebührenerhöhungen durchsetzen, dann spüren das fast alle, besonders jedoch die BürgerInnen, die nur über ein geringes Einkommen verfügen (Niedriglohn oder Transfereinkommen).

Für uns ist daher der KEF die Fortsetzung der alten, neo-liberalen Politik im Gewand einer angeblichen Hilfe der Landesregierung für die notleidenden Kommunen. Der Fond gibt vor zu helfen, aber beim genauen Nachsehen kann man unschwer erkennen, dass einige Kommunen ihre Liquiditätskredite gar nicht abbauen können und nach der Laufzeit des KEF mehr Liquiditätskredite haben und auch in Zukunft brauchen werden. Lediglich der sehr rasante Anstieg der Liquiditätskredite ist ein wenig verzögert. Mithin setzt sich der KEF zu einem Drittel Landesmitteln, einem Drittel aus dem Ausgleichsfonds - in den alle Gemeinden einzahlen - und einem Drittel Eigenleistung der überschuldeten Kommune zusammen. Die Ursache, das Problem der verfehlten Steuerpolitik des Bundes und des Landes und der damit einhergehenden unzureichenden Finanzausstattung der Kommunen, ist damit in keinsten Weise gelöst.

Die Zumutungen durch den kommunalen Entschuldungsfonds ist darüber hinaus klammheimliche, gesetzeswidrige Versuche, das kommunale Selbstbestimmungsrecht (Art 28 (2) GG) weiter einzuschränken bzw. ganz aufzuheben. Welch seltsamer Zufall, dass es hier Parallelen zu den Krisenstaaten in der EU gibt und das Ganze an die aktuelle Situation in Griechenland erinnert!

In Nordrhein-Westfalen haben sich einige Städte zusammengeschlossen und das Aktionsbündnis „Raus aus den Schulden“ gegründet. Städte, denen das Wasser bis zum Hals steht, wehren sich gegen die Unvermeidlichkeit der Schuldenfalle. Die Gebietskörperschaften in Rheinland-Pfalz sind bislang noch in einer abwartenden Haltung und schauen ängstlich nur auf die ADD als Genehmigungsbehörde für den nächsten Haushalt.

Wir sagen an dieser Stelle klipp und klar: Das Kaputtsparen der Kommunen muss ein Ende haben. Wir, DIE LINKE wollen eine deutliche Verbesserung der Staatseinnahmen durch die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und einer angemessenen Erbschaftssteuer. Diese Mehreinnahmen sind für die Kommunen überlebenswichtig. Die Schuldenbremse in RLP und den Kommunalen Entschuldungsfond (KEF) mit seinen undemokratischen Zumutungen lehnen wir ab.

Hierfür sehen wir LINKE-MandatsträgerInnen es als unerlässlich an, dass

- ... die Lasten zwischen Bund, Länder und Kommunen neu verhandelt werden. "Wer bestellt, muss auch bezahlen!" muss hierbei der Grundgedanke sein. (Konnexitätsprinzip)
- ... die Gemeindefinanzierungssteuer diskutiert und geprüft wird.
- ... Großunternehmen vor Ort eine ehrliche Besteuerung erfahren und der Steuerwettbewerb unter den Kommunen begrenzt wird.
- ... der Ausverkauf in den Kommunen gestoppt wird und kommunale Eigenbetriebe für die Erfüllung aller kommunalen Belange der Daseinsvorsorge weiter bestehen wieder gegründet werden.
- ... die Städte und Gemeinden in Rheinland-Pfalz sich zusammenschließen und analog den Städten in NRW ein Bündnis – Raus aus den Schulden – beschließen. Nur mit gemeinsamen Aktionen kann etwas erreicht werden.
- ... Anträge dazu von uns in allen Gebietskörperschaften diesen Druck aufrecht erhalten.

Machen wir als LINKE in den Parlamenten darauf aufmerksam und sorgen mit Anträgen und ständigen Anfragen dafür, dass der Städtetag und auch der Städte- und Gemeindebund, sowie der Landkreistag sich dazu entschließen oder die Städte und Gemeinden ohne die Dachorganisationen ein Bündnis wagen.

DIE LINKE.

DIE LINKE Rheinland-Pfalz
Rochusstr. 10-12
55116 Mainz
www.die-linke-rlp.de